

# Frankfurter Rundschau

Politik - 30 | 9 | 2013

FONDS HEIMERZIEHUNG

## Heimkinder scheitern an der Bürokratie

Von Nadja Erb



Kämpfen für ihre Rechte: Ehemalige Heimkinder demonstrieren im September 2011 vor dem Brandenburger Tor in Berlin.  
Foto: Imago

**Ehemalige Heimkinder sollten eigentlich schnell und unbürokratisch entschädigt werden – doch es gibt zu viele Hürden. Das komplexe Verfahren schreckt viele Betroffene ab.**

Lange Wartezeiten, hoher bürokratischer Aufwand, erniedrigende Verfahren: Viele ehemalige Heimkinder beklagen sich bitter über den Fonds Heimerziehung, der ihnen doch eigentlich schnelle und unbürokratische Hilfe bringen sollte. Und zwar schnell und unbürokratisch, als Entschädigung für Jahre des Martyriums in frühester Kindheit und Jugend, das hatte ihnen die Politik bis hin zur zuständigen Bundesministerin Kristina Schröder (CDU) versprochen.

Doch die Erfahrung, die viele Betroffene in den anderthalb Jahren seit Einrichtung des Fonds gemacht haben, ist eine andere. „Wir wurden als Kinder gedemütigt, und jetzt werden wir es wieder“, klagt Jürgen Weisensell. Der heute 66-Jährige hat seine Kindheit in diversen Heimen verbracht. Heute ist er in der begleitenden Arbeitsgruppe der Anlauf- und Beratungsstelle für Ex-Heimkinder in Rheinland-Pfalz und im Beirat des dortigen Familienministeriums. Außerdem hat er einen Förderverein Ehemaliger für den evangelischen Jugendhof in Wolf an der Mosel gegründet. Weisensell ist bestens vernetzt mit Betroffenen im In- und Ausland – und er kennt ihre Nöte.

Bis zu 18 Monate müssten Betroffene in manchen Bundesländern warten, bis sie einen ersten Termin in der Anlauf- und Beratungsstelle bekommen, berichtet Weisensell. Große Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg hätten nur eine solche Stelle, das bevölkerungsreiche Nordrhein-Westfalen gerade mal zwei. Manche Stellen würden schon gar keine Termine mehr vergeben, weil sie nicht nachkämen.

„Man muss bedenken, dass es sich um traumatisierte Menschen handelt, für die der erste Kontakt mit den Behörden ein immenser Schritt ist – um so größer ist die Frustration, wenn dann nichts passiert“, erzählt Weisensells Mitstreiterin Heidi Besta.

Denn selbst wenn die ehemaligen Heimkinder ihr Schicksal und die Spätfolgen mit alten Akten, Meldeamtseinträgen und ärztlichen Attesten belegen können und schließlich eine so genannte Vereinbarung über die Hilfsleistungen mit der Beratungsstelle abschließen, bedeutet dies noch immer nicht, dass das Geld fließt. Nach den Anlaufstellen muss erst noch die für den Fonds zuständige Geschäftsstelle im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben die Anträge auf „Plausibilität“ prüfen, bevor sie die Bundeskasse anweist, das Geld zu überweisen. „Das kann noch einmal Monate dauern“, klagt Besta.

**EINZELFÄLLE FÜR DIE REGIERUNG** Die Betroffenen können nicht nur Rentenausgleich, sondern auch Sachleistungen bezahlt bekommen, sofern sie einen Zusammenhang der Bedürfnisse mit ihrem Schicksal nachweisen können. Eine Kur ist denkbar, technische Geräte, medizinisches Equipment. Doch diejenigen, die nicht in Vorleistung treten können, müssen in den Geschäften erst Angebote einholen, diese genehmigen lassen, dann reservieren, oft über Monate, und erst wenn das Geld da ist,

können sie verbindlich bestellen. „Eine entwürdigende Prozedur, bei der man sich gegenüber Händlern oder Anbietern outen muss“, erzählt Besta.

Das komplexe Verfahren schrecke viele ab, weiß sie aus Gesprächen mit Betroffenen. Dass diese gezwungen seien, ihr Schicksal detailliert zu schildern, um ihre Ansprüche plausibel zumachen, lasse bei vielen längst verdrängte grausame Erinnerungen hochkommen. „Manche sollten anfangs seitenlange Formulare ausfüllen, mit Fragen wie ‚Mussten Sie Ihr Erbrochenes essen?‘“, erzählt Weisensell. „Da werden bürokratische Hürden aufgebaut, ohne Rücksicht auf die Menschen.“

Die Bundesregierung tut solche Beschwerden als Einzelfälle ab. In einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion vom August heißt es, der Fonds habe sich als „bewährtes Instrument zur Gewährung konkreter Hilfen“ erwiesen.

Allenfalls gesteht man ein, dass „die hohe Nachfrage“ dazu führe, „dass Betroffene zum Teil lange Wartezeiten bis zur Erstberatung hinnehmen müssen“. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass das Personal in der zentralen Geschäftsstelle bereits aufgestockt wurde.

Den Betroffenen reicht das bei weitem nicht aus – und sie sehen sich von der Statistik bestätigt. Rund 800.000 Heimkinder gab es in dem relevanten Zeitraum im Westen Deutschlands, nur 4500 hatten bis Ende März dieses Jahres eine Vereinbarung abgeschlossen. Die ehemaligen Heimkinder machen Druck, weil der Fonds Ende nächsten Jahres ausläuft. Und weil die meisten inzwischen längst im Rentenalter sind, dazu oft chronisch krank. Ihnen läuft die Zeit davon.

#### Der Fonds

**Der Fonds Heimerziehung West** läuft seit Januar 2012. Er wurde auf Anraten des Runden Tisches Heimerziehung ins Leben gerufen. Er soll Menschen, die zwischen 1949 und 1975 im Westen Deutschlands in Heimen untergebracht waren und dort Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch erleiden mussten, finanzielle Hilfe gewähren.

**Schätzungen** gehen von rund 800.000 Betroffenen aus, von denen allerdings viele heute nicht mehr leben.

**Dabei geht es** sowohl um den nachträglichen Ausgleich für verlorene Rentenansprüche durch die unbezahlte Arbeit, die Jugendliche zumeist in den Heimen leisten

mussten, als auch um Hilfe bei der Bewältigung körperlicher und psychischer Spätschäden durch die traumatischen Erfahrungen.

**120 Millionen Euro** wurden von Bund, Ländern und Kirchen als Nachfolger der damaligen Heimträger für den Fonds bereitgestellt.

**Einem Bericht** der Bundesregierung zufolge wurden bis 31. März 2013 rund 25 Millionen Euro an Betroffene ausgezahlt. Ende 2014 läuft der Fonds-West aus, bis dahin müssen Betroffene ihre Ansprüche angemeldet haben.

**Im Juli 2012** wurde ein zusätzlicher Fonds für ehemalige DDR-Heimkinder mit 40 Millionen ausgestattet.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/politik/fonds-heimerziehung-heimkinder-scheitern-an-der-buerokratie,1472596,24485144.html>

Copyright © 2013 Frankfurter Rundschau